Medienkrise - Fehler im System

VON MICHAEL HALLER am 3. Januar 2018

Laut einer Forsa-Umfrage verlieren die Deutschen das Vertrauen in Radio, Presse und Fernsehen. Woher kommt das? Der Medienwissenschaftler Michael Haller hat diese Frage für unsere aktuelle Ausgabe untersucht. Sein Befund: Viele Journalisten haben die Grundfunktion der Informationsmedien vergessen



Nähe zu den Eliten statt Kritik an den Mächtigen, Meinung statt Berichterstattung: Die Medien erleiden Schiffbruch/picture alliance

Autoreninfo

Michael Haller, Jahrgang 1945, war bis 2010 Professor für Journalistik an der Universität Leipzig. Zuvor hat er viele Jahre Erfahrungen als Redakteur bei Printmedien gesammelt, darunter beim Spiegel und bei der Zeit. Unter Hallers Leitung entstand unlängst die viel beachtete Studie "Die "Flüchtlingskrise" in den Medien" im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung. Foto: Kreuzkam/HMS

Angenommen, Sie lesen bei Spiegel online oder tagesschau.de die Schlagzeile: Bundeskanzlerin Merkel hat überraschend ihren Auftritt im Bundestag abgesagt und ist nach Hause gegangen. Was passiert jetzt in Ihrem Kopf? Haben Sie gleich schon eine Erklärung? Denken Sie "Nervenzusammenbruch" oder "das ist der Anfang vom Ende" oder "na klar, Geheimpolitik" oder so ähnlich? Ich vermute, Sie haben keine Erklärung. Sie wollen erst mal wissen, was los ist. Sie erwarten von den Newsjournalisten eine zutreffende Antwort auf Ihre naheliegende Frage: Was ist passiert, aus welchem Grund hat sie abgesagt?

Die tagesaktuellen Medien sind dazu da, uns über das Geschehen ins Bild zu setzen. Nicht über die Vorurteile der Journalisten, sondern über das, was sich in der Welt ereignet hat, soweit es für uns, die Bürger dieser Gesellschaft, wissenswert ist. Das ist so trivial, dass ich mir blöd vorkomme, dies zu erwähnen. Und doch muss man diese simple Funktion der Informationsmedien ins Gedächtnis rufen, denn viele Journalisten scheinen sie vergessen zu haben.

Blenden wir zurück in die zweite Novemberhälfte 2017, als es auf der politischen Bühne Berlins ein paar Überraschungen gab. Es ist 23.49 Uhr in der Nacht zum Montag, dem 20. November, als <u>FDP-Parteichef Christian Lindner</u> vor die Mikros der Journalisten tritt. Er sagt, dass für die FDP die Sondierungsgespräche mit den drei anderen Parteien gescheitert seien. Er schließt mit den Sätzen: "Wir werden unsere Wählerinnen und Wähler nicht im Stich lassen, indem wir eine Politik mittragen, von der wir im Kern nicht überzeugt sind. Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren. Auf Wiedersehen."

Sofort drehen die Onlinemedien ihre Newsmaschine hoch. Um 1 Uhr bringt Spiegel online "Lindners Erklärung im Wortlaut". Zwei Stunden später ist auch focus.de draußen. Zum ersten Frühstück um 6 Uhr kommt endlich auch die "Tagesschau". Da hat Spiegel online schon drei Berichte rausgeschossen. Bis zum Abend jenes Tages werden noch weitere 17 folgen. Um 10.53 Uhr etwa steht die "SPD unter Druck", dreieinhalb Stunden später "schließt Schulz Groko aus", um 16.21 Uhr ist "Merkel in Not", und zwei Stunden später weiß Spiegel online: "Grüne fein raus", und dass die Republik jetzt ins Chaos stürze, daran sei der eigensüchtige FDP-Lindner schuld.

Meinung als Berichterstattung verpackt

Die Gründe? Gleich an jenem Montagmorgen werden die Spiegel-User online nach ihrer Meinung gefragt ("Wahltrend: Hat die FDP richtig gehandelt? Stimmen Sie ab!"). Und ein paar Stunden später ist die Schlagzeile fertig: "Mehrheit sieht FDP-Entscheidung kritisch." Wie viele Stimmen machen diese Mehrheit eigentlich aus? Wir erfahren es nicht. Vielleicht ist es eine Feedback-Schleife, indem die Newsmacher den entnervten Lindner zum Schuldigen erklären, um dann von ihren Usern zu hören, dass sie Lindner als Schuldigen sehen.



Frei von Sachkenntnis fällten die Nachrichtenmacher ihre Urteile: Lindner der böse Bube / picture alliance

Zwar sind viele Bürger widerständig: Nur rund 24 Stunden später lautet die Schlagzeile des Spiegel-online-Wahltrends: "Die Liberalen sind die Gewinner." Doch die Meinung der Medienmacher erschüttert dies nicht. Weitere 48 Stunden später schmückt Spiegel online einen neuen Bericht mit der suggestiven Frage: "Wie viel Inszenierung steckte im FDP-Abgang?" Einen Tag später packt Spiegel-TV das komplexe Thema in eine simple Meinungskiste: "Verweigern statt regieren: Das Ende von Jamaika, die Drückeberger von der SPD und eine Kanzlerin auf Abruf." Und so geht es weiter, Tag für Tag. "Wie Merkels Taktik ins Leere lief" (23. November), "Gescheitertes Jamaika-Bündnis: Alle warten auf die SPD" (23. November), "Nach dem Jamaika-Aus: Die verunsicherte Republik" (25. November). Und auch das: "Seehofer sollte Bundesminister werden." Kaum anders die meisten Tageszeitungen: Schon gleich am Dienstag posaunen sie, verpackt als Berichterstattung, ihre Meinungen in die Welt: "Scheitern als Chance". "Besser jetzt Neuwahlen". "Ist Merkels Zeit rum?" "Was nun, Deutschland?" "Ist Deutschland unregierbar?"

Urteile ohne Sachkenntnis

Wie die DSDS-Jury des Dieter Bohlen, so fällen Nachrichtenmacher frei von Sachkenntnis ihre Urteile: Lindner der böse Bube, Merkel die verzagte Versagerin, Schulz der Naivling, Göring-Eckardt die (klammheimliche) Siegerin, Seehofer der Zombie. Man mag solche Rollenzuschreibungen witzig finden – dem Politikverständnis dienen sie nicht, weil den Bürgern die Informationen fehlen: Welche Positionen blieben wo genau bei wem strittig? Welche Unterhändler haben den Kompromiss gesucht, wer wurde wann wortbrüchig, wer blieb stur? 20 Stunden nach dem Jamaika-Ende kommentiert ein Spiegel-Journalist: "Woran es wirklich lag, wer die Verantwortung für das Scheitern trägt, darüber kann und muss geredet werden."

Nicht reden, sondern recherchieren, also: <a href="https://hinter.com/hinter.

Warum stand so etwas nicht im Spiegel, der wegen Jamaika extra einen zwölfseitigen Nachruf produzierte und sogar für viel Geld den Erscheinungstag vorverlegte? Das Nachrichtenmagazin zeigte auf dem Cover lieber Meinung als Tatsachen: Im Hintergrund überlebensgroß Lindner mit dämonischem Blick, ganz klein im Vordergrund eine melancholisch sinnierende Angela. In fetten Lettern die Schlagzeile: "Stunde Null", darunter "Land ohne Kanzlerin?" Man fragt sich: Wo sind wir? In welchem Jahr leben wir? Im Blatt gibt der geschwollen verfasste Leitartikel die Losung, der die Berliner Politik und wir, ihr hinterher, nun folgen sollen: "Warum Neuwahlen jetzt der beste Weg sind." Keine Analyse, sondern Kathederpredigt: sollte, würde, könnte, müsste.

Es geht auch anders

Um Missverständnissen zuvorzukommen: Wir haben in Deutschland exzellente Journalisten, die auch im internationalen Vergleich herausragend sind. Zum Beispiel die kürzlich ausgezeichnete Investigation von drei Spiegel-Journalisten über die prekären Zustände in einer auf

Profitmaximierung getrimmten Hamburger Asklepios-Klinik. Zum Beispiel die feinfühlig erzählte Reportage einer Tagesspiegel-Journalistin über das Unglück (und den Tod) eines in der anonymen Großstadt Berlin vereinsamten Mannes. Zum Beispiel die sehr anschaulich, im doppelten Sinne hautnah umgesetzte Multimedia-Recherche über die Drogen-Rezept-Mafia in Tschechien von zwei Spiegel-Reportern.

Zum Beispiel die pingelig rekonstruierte und mit viel Tiefenschärfe erzählte Crossmedia-Doku über "Bimbes – die schwarzen Kassen des Helmut Kohl" kürzlich im Fernsehen. Zum Beispiel die wegweisende Netzwerk-Investigation zweier Rechercheure der Süddeutschen Zeitung. Ihnen waren gigantische Datenmengen zugespielt worden. Daraufhin organisierten sie ein Netzwerk global recherchierender Journalisten, das die decodierten Daten in den betroffenen Ländern überprüfte: Geldwäsche, Schwarzgeld, Steuerhinterziehungen. Die 2016 als "Panama Papers" publizierten Enthüllungen sorgten weltweit für Aufruhr. Die jüngste Investigation ("Paradise Papers") dieses Rechercheverbunds führte dem sprachlosen Publikum vor Augen, wie sich Machthaber und Minister über Schwarzgeldkonten und Briefkastenfirmen bereichern. In verschiedenen Staaten kam es zu Verhaftungen, Strafverfolgungen, Untersuchungsausschüssen.

Diese wenigen Beispiele erwähne ich stellvertretend für Hunderte, die in Deutschland Woche für Woche die exzellente Arbeit vieler Journalisten belegen. Diese herausragenden Solisten spielen ihre Instrumente mit großer Könnerschaft. Doch sie werden zugedröhnt vom riesengroß gewordenen Medienorchester, das nach ganz anderen Noten spielt und dem Diktat ganz anderer Dirigenten folgt. Sein Mediengeräusch ist die Kakofonie, die das Publikum nachhaltig irritiert.

Trotz allem unverzichtbar

Bleiben wir also beim ganz großen Orchester, dem Informationsjournalismus. Auch im Jahr 2017 sagen rund 85 Prozent der Erwachsenenbevölkerung, dass sie regelmäßig die von den Medien produzierten aktuellen Nachrichten (Fernsehen, Radio, Zeitungen, Newsseiten der etablierten Medien) konsumieren. Sie glauben, dass die nachrichtlichen Medien trotz allem unverzichtbar sind, vielleicht, weil sie den Infoschrott bei den sozialen Medien als Schrott erkannt haben. So gesehen gilt auch heute, was Niklas Luhmann vor 30 Jahren sagte: "Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien." Den Satz muss man allerdings einschränken: Er gilt für alle Vorgänge, die der persönlichen Alltagserfahrung der Menschen entzogen bleiben. Schon deshalb hat es der Lokaljournalismus nicht leicht, weil die Leser seine Berichte mit ihren Alltagserlebnissen abgleichen. Wenn er sich den Magistraten andient und die Themen und Probleme in der Nahwelt der Bürger übergeht, verliert er an Bedeutung und an Reichweite – ein Trend, auf den ich noch eingehen werde.

Die Wirklichkeit der Medien soll weder Fake noch Fiction sein. Damit die Nachrichtenprofis ihre Aufgabe ernst nehmen und ihr Publikum über das Geschehen in der Welt zutreffend ins Bild setzen, haben wir in Deutschland seit einem halben Jahrhundert verbindliche Normen, die manche Medienmacher vergessen zu haben scheinen. Erinnern wir uns: Es war 1966, im Zuge der sogenannten Spiegel-Affäre, als das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass der Bürger "umfassend informiert" sein solle, um "die Meinungen der anderen kennen und gegeneinander abwägen" zu können. Und dass der Journalismus als "ständiges Verbindungsund Kontrollorgan zwischen dem Volk und Parlament und Regierung" funktionieren solle.



Rudolf Augstein 1963 während der "Spiegel"-Affäre: Der Bürger muss umfassend informiert sein / picture alliance

Damals wurde in den Landespressegesetzen festgeschrieben, dass die Medien wahrhaftig berichten, Nachricht und Meinung trennen und sich nicht in den Dienst partikularer Interessen stellen sollten. Nur aus einer neutralen Position könnten sie ihre "öffentliche Aufgabe" wahrnehmen und "Kritik üben". Im Rundfunkstaatsvertrag wird den Nachrichtenproduzenten dies auferlegt: "Informationssendungen (...) müssen unabhängig und sachlich sein." Der Rundfunk habe "Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit seiner Angebote zu berücksichtigen". Dieses Gebot deckt sich mit der vom Fernsehjournalisten Hajo Friedrichs publik gemachten Losung: "Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten, nicht in öffentliche Betroffenheit versinken, im Umgang mit Katastrophen cool bleiben, ohne kalt zu sein."

Das Publikum will umfassend informiert werden

Diese Stichworte verdeutlichen: Demokratisch organisierte Gesellschaften sind darauf angewiesen, dass sich die Bürger aus unabhängiger Sicht möglichst zutreffend über die relevanten Vorgänge und Positionen ins Bild setzen können. Dem liegt die Theorie zugrunde, dass der gesellschaftliche Diskurs nur dann zu vernünftigen Ergebnissen führt, wenn die Argumente auf zutreffende Tatsachen gestützt sind: Die Bürger sollen sich zuerst informieren, ehe sie ein politisches Urteil fällen oder eine Überzeugung fassen. Dieses in Zeiten der Fake News aktuelle Prinzip wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten durchgesetzt – und war damals für viele deutsche Journalisten gänzlich neu. Mit ihm sollte ein Rückfall in die Gesinnungs- und Propagandapresse der dreißiger Jahre verhindert werden.

Für den Berichterstattungsalltag bedeutete dies: Nicht nur die Presseerklärung der Machtträger, nicht nur das Palaver der Prominenz, nicht nur die Denkmuster des Mainstreams bringen,

sondern auch die für Machtinhaber unbequemen Nachrichten, Gegenpositionen und abweichende Auffassungen (sofern für die öffentliche Debatte bedeutsam). Das ist nicht immer einfach. Die aktuelle Kontroverse über die Medienpräsenz der AfD-Wortführer zeigt, dass selbst in den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten die Erregungslust oft mächtiger ist als der Wille zur Sachlichkeit. Treibt auch dort die Skandalisierung der Politik die Einschaltquoten nach oben?

Bei aller Lust am Klamauk: Das Publikum ist nicht doof, es hat ziemlich genaue Vorstellungen davon, was der Journalismus leisten soll. Wenn wir die zahlreichen Repräsentativbefragungen der vergangenen Jahre zu unserem Thema durchsehen, kommen übereinstimmende Erwartungen zum Vorschein, die sich mit der zuvor zitierten normativen Funktionszuschreibung decken: Rund zwei Drittel aller Erwachsenen wünschen sich von den Medien "umfassende Informationen", also nicht nur einseitige Berichte, sondern auch Nachrichten über abweichende Positionen und Akteure. Rund drei Viertel fordern die Trennung von Tatsachen und Meinung, knapp drei Viertel wollen, dass aus neutraler Sicht, also frei von Parteilichkeit berichtet wird; gut die Hälfte erwartet Kritik und Kontrolle. Und wenn sich die Newsjournalisten daran halten, werden sie von ihrem Publikum mit der Qualitätsmarke "glaubwürdig" belohnt.

Nähe zu den Eliten

Halten sich die Newsmedien daran? In den vergangenen zehn, 15 Jahren haben Medienwissenschaftler die Berichterstattung vor allem der einflussstarken Leitmedien über bedeutsame Megathemen systematisch untersucht. Umweltschutz und Atomstrom, Bundeswehr und Nato, Russland und die Ukraine, Gewalt und Fremdenhass, Finanzkrise und Griechenland, um nur einige zu nennen. Jede zeigt spezifische Informationsleistungen wie auch Verzerrungen. Doch eine Tendenz weisen alle diese Studien nach: Die Journalisten der Leitmedien suchen die Nähe zu den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten in Wort, Ton und Bild. Sie übernehmen die Phraseologie der Berliner Politszene und kommentieren gern in der Pose des Politinsiders. Aufschlussreich zum Beispiel der Befund, dass die für die Beurteilung der Außenpolitik zuständigen Redakteure bei Leitmedien die Politik der Nato gegenüber Russland oder den Truppeneinsatz in Afghanistan wortreich befürworteten – und zugleich in einschlägigen Gremien und Thinktanks aktiv waren, etwa in der Münchner Sicherheitskonferenz, dem Aspen Institute, der Atlantik-Brücke oder in der Trilateralen Kommission. In den fraglichen Medien war von Vielfalt der Positionen keine Spur; abweichende Auffassungen kamen praktisch nicht zu Wort.

Im vergangenen Sommer haben wir eine <u>Studie zum Megathema</u> "Flüchtlingsstrom und <u>Willkommenskultur"</u> publiziert. Sie untersuchte die Berichterstattung der Online-Newsmedien, der führenden Tageszeitungen (Leitmedien) und der Lokal- und Regionalpresse im Zeitraum vom Januar 2015 bis März 2016 zum Thema "Flüchtlinge in Deutschland". Dies war der Zeitraum, als Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertranken, als dann über die Balkanroute Hunderttausende nach Deutschland kamen, als die Willkommenskultur propagiert wurde und es in der Silvesternacht in Köln und anderswo zu Ausschreitungen kam – eine Phase also, während der das Flüchtlingsthema kein abstraktes Issue der EU-Politik, sondern eine sehr konkrete Problemstellung vor den Haustüren der Bürger geworden war.

Wir haben rund 35 000 Texte analysiert. Hier ein paar Ergebnisse: Die Flüchtlingsberichterstattung fand praktisch ohne Flüchtlinge statt. Vier von fünf relevanten Personen, die in den Berichten genannt wurden, zählen zur Gruppe der Politiker und Ministerialen. Und die meisten dieser Berichte handelten von Zankereien zwischen Akteuren der CSU, CDU und SPD.

Perspektivenwechsel? Die Sicht der Betroffenen? Die Position der Andersdenkenden und Kritiker? In der Medienberichterstattung kamen Vertreter des politischen Establishments 16-mal häufiger zu Wort als die Beteiligten (Helfer, NGOs, soziale Einrichtungen, Flüchtlinge und Ehrenamtliche). Auf 25 Wortmeldungen von Sprechern der Regierungslinie kam nur eine Kritikerstimme aus der Opposition. Und: Trotz der komplizierten Migrationsrechtsfragen und der Hilflosigkeit im Umgang mit fremden Soziokulturen hatten Nahost-, Islam- und Migrationsexperten praktisch nichts zu sagen: Auf 100 Politikvertreter wurde ein Experte genannt.

Andersdenkende wurden moralisch zurechtgewiesen

Umso intensiver widmeten sich vor allem die Lokal- und Regionalzeitungen dem Narrativ "Willkommenskultur". Diese sollte sich ja im Nahraum der Kommunen entfalten. Dass es sich um eine von den Arbeitgeberverbänden erdachte, dann von der Politik in Gang gesetzte Kampagne handelte, um die Arbeitskräfte in Deutschland zu halten, und dass diese Kampagne dann generalisiert wurde, um die Flüchtlingsbetreuung an die Bürgergesellschaft zu delegieren, blieb den Lokaljournalisten verborgen. Rund 84 Prozent der Berichte, in denen "Willkommenskultur" vorkommt, intonierten das Thema positiv, meist euphorisch. Auch hier, im Lokalen, dominieren die Sprecher der politischen Parteien und deren Slogan: "Wir brauchen eine bessere Willkommenskultur!" Kritiker der Kampagne kamen in den Berichten höchst selten und nur indirekt vor – meist nur dann, wenn über eine Podiumsveranstaltung berichtet wurde, an der auch Andersdenkende das Wort ergriffen.



Christian Longardt von den "Kieler Nachrichten": moralisch aufgeheizte Willkommenskultur / picture alliance

Sehr zugespitzt formuliert, lautet ein Fazit dieser Studie: Die Informationsmedien hatten das schon lange akute <u>Migrationsproblem (Syrien und Irak) bis zum Juli 2015 praktisch ausgeblendet</u>. Mit der Ankunft der Migranten über Ungarn explodierte die Berichterstattung, der

Nachrichtenfaktor "Nähe" wirkte durchschlagend. Die ungeheure Nachrichtenlawine (bis zu 17 Meldungen pro Tag) wurde vom Publikum als "Flüchtlingsflut" erlebt, zumal die Medien auf jede Differenzierung verzichteten: Jeder Fremde, der ungebeten ins Land kam, galt von nun an als Flüchtling.

Damit übersteigerten die Medien die hysterisch wirkende Politik der "offenen Grenzen". Mit dem top-down angeordneten Programm "Willkommenskultur" wurde die Bürgergesellschaft moralisch aufgeheizt und in die Pflicht genommen. Behördliche Schikanen und gravierende Missstände auf der Vollzugsebene interessierten die fraglichen Lokalmedien nicht. Andersdenkende, die sich wegen der "offenen Grenzen" Sorgen um die Sicherheit machten, wurden moralisch zurechtgewiesen. Recherchen zur Problemlage junger Migranten in den Flüchtlingsheimen gab es nicht – bis zur berüchtigten Silvesternacht 2015/2016. Mit ihr ereignete sich der "Einbruch der Wirklichkeit" (Navid Kermani). Sie verscheuchte die Phantasmagorie, die auch darüber hinwegtäuschte, dass sehr viele Deutsche keine Willkommensfreunde sein wollten und die jungen Muslime subjektiv als eher bedrohlich empfanden. Nun drehte sich die Fahne der Medienmacher mit dem neuen Wind.

Funktionen missachtet

Wie kommt es, dass der Informationsjournalismus die ihm zugewiesenen Funktionen mehr und mehr missachtet? Hierzu gibt es keine Daten, sondern nur Deutungen – und manche Entschuldigung. Die am häufigsten gehörte gibt dem Internet die Schuld: Die brutale Kommerzialisierung der Medien und die heftige Konkurrenz der Newsanbieter zwinge zur Beschleunigung der Nachrichtenproduktion auf Kosten der Sorgfalt. Zugleich hätten die langsamen Printmedien ihre Newsfunktion verloren und versuchten nun, sich als Erzähler und Welterklärer neu zu erfinden. Das ist vermutlich zutreffend, doch diese Deutung kann die Fixierung der Journalisten auf die Eliten, ihr Desinteresse am gesellschaftlichen Diskurs und ihre Ignoranz gegenüber den Fremden, den Schwachen und Bedürftigen nicht erklären. Sie versagt auch, wenn sie die von den Medien inszenierte Lust an der quicken Erregung und die Neigung zum Hysterischen deuten soll. Wenn sich Reporter, Chefredakteure und Moderatoren als Promis inszenieren und das Publikum als Zuschauer ihrer Selfies missbrauchen. Woher kommt das alles?

Aus meiner Sicht kann man dies mit zwei sich wechselseitig verstärkenden Trends erklären, die weit zurückreichen in die frühen neunziger Jahre. Der erste hat mit dem Generationen-wechsel auf der Leitungsebene der Medien zu tun: Die eher nüchtern denkende, gleichwohl vom Demokratieideal beseelte Nachkriegsgeneration wurde abgelöst von den Babyboomern. Deren Generation hat der US-amerikanische Sozialforscher Christopher Lasch dem "Zeitalter des Narzissmus" zugerechnet: Viele seien in einem "dekadenten Ich-Kult" gefangen und hätten die aufs Gemeinwohl gerichteten Ideale ihrer Elterngeneration dem "schier hemmungslosen Streben nach Glück und Ich-Genuss" geopfert.

Ich halte Laschs These, dass "das Charakterbild des narzisstischen Neurotikers zum alles beherrschenden Massentypus" geworden sei, für heftig übersteigert. Gleichwohl scheint mir diese Typisierung nicht völlig daneben. "Die Moral der heutigen Zeit heißt Indifferenz", schrieb damals der Sozialpsychologe Rolf Haubl: Der Hedonist, der keine moralischen Ziele habe, der werde auch nicht enttäuscht. Ich denke hierbei an verschiedene Protagonisten, die seit den neunziger Jahren den Journalismus geprägt – und verändert – haben. Besonders treffend wird dieser Typus von einem Journalisten verkörpert, der viel dazu beigetragen hat, den Anspruch des verantwortungsethisch handelnden Journalisten im Schaumbad des populistischen "Anything goes" aufzulösen. Ich meine Kai Diekmann, geboren 1964, Twitterer,

Storyschreiber, Ego-Blogger, Bild-Chefredakteur und bis Anfang 2017 Herausgeber der ganzen Bild-Gruppe.

Kai Diekmann und die Selfie-Journalisten

Diekmann produzierte unsägliche Schlagzeilen und Geschichten ohne Sinn (oft mit Halbwahrheiten oder Fakes durchsetzt) allein um der Erregung willen. Asylbewerber wurden mal als Kriminelle, mal als hilfsbedürftige Schlucker (kurze Bild-Kampagne "Refugees welcome!"), wenig später wieder als Hassobjekt für Reaktionäre vorgeführt. Mal wurden C-Promis gefeiert, mal mit bitterer Häme übergossen, je nachdem, welcher Knaller (Neid oder Schadenfreude) besser zündete. Frauen dienten ihm als Sexobjekte, mit Alice Schwarzer als Feigenblatt, die Fremden tauchten mal als komische Exoten, mal als Projektionsleinwand für Hassgefühle auf. Spaß muss sein.

Hinter Diekmanns Zynismus, dies zeigen seine Selbstdarstellungen, versteckt sich die narzisstische Lust am Machtspiel: Seht alle her, was für ein toller Hecht ich bin! Besonders großartig fand er seine intime Nähe zum Bundeskanzler Helmut Kohl (Trauzeuge bei Diekmanns Hochzeit, Trauzeuge bei Kohls Hochzeit), über den er ein glorifizierendes Buch ("Ich wollte Deutschlands Einheit") verfasste und den er in der Bild-Zeitung als einen der größten Politiker aller Zeiten hochleben ließ: Polit-PR von der brutalen Art.



Helmut Kohl und "Bild"-Chefredakteur Kai Diekmann: Die narzisstische Lust am Machtspiel / picture alliance

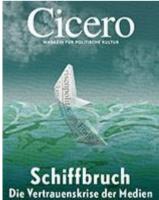
Mir scheint, dieses Spiel wirkte auf sehr viele Jungjournalisten verheerend, weil sie nun das Credo der Unabhängigkeit und Distanz für altbacken hielten: Super, wie der Diekmann das macht! Heute möchten sie am liebsten bei Frau Merkel auf dem Schoß sitzen oder über Belangloses vermeintlich "spannende" Geschichten erzählen und dabei "sich einbringen". Die Häufigkeit, in der sich Journalisten in ihren Printmedien selbst ins Bild setzen, hat sich – un-

seren Auszählungen zufolge – seit 1995 verfünffacht. Zu dieser Lust an der Selbstdarstellung passt die Grandiositätsfantasie, eine wichtige Meinung zu haben. Also schreibt man gleich, was man von der Sache hält, noch ehe man diese verstanden hat.

Trend zur Entpolitisierung

Warum ist dieser Trend, der zur Entpolitisierung des Newsjournalismus führt, so wirksam geworden? Aus meiner Sicht verbindet er sich mit einem anderen, auf die Mentalitäten bezogenen Phänomen: die im vereinigten Deutschland verbreitete Scheu vor Konflikten. "Wir lieben den Konsens in unserer mittigen Umarmungsdemokratie", schrieb der Politologe Karl-Rudolf Korte nach dem Abbruch der Sondierungsgespräche. Schließlich gehöre es "zu den Traditionslinien des deutschen Bürgertums, apolitisch und konfliktscheu zu agieren". Demgegenüber entwickle sich demokratische Identität "erst beim konfliktreichen Streit". Dieser indessen wird tunlichst vermieden oder schöngeredet. Wer trotzdem weiterstreitet, der wird als Radikaler ausgegrenzt. Entsprechend mangelt es (auch) in der Bevölkerung an "politischer Streit-Kompetenz".

Diese Konfliktangst, für die das Wort Groko ein Label ist, spiegelt sich in den Newsmedien: Politische Meinungsverschiedenheiten, die sich nicht auflösen lassen, werden als Skandal beschrieben und als Riesengefahr aufgeblasen, ein Papierdrachen, der das Publikum in Panik versetzt: "Stunde Null: Deutschland unregierbar?" Dann lieber wieder Groko. Meine eingangs erzählte Episode über das Ende von Sondierungsgesprächen (!) zeigt uns diese Wirkweise des Journalismus musterhaft. Übereinstimmend mit dem konturlosen Politikstil Angela Merkels fehlt den Selfie-Journalisten jedes Interesse, den politischen Disput in seiner ganzen Breite wahrzunehmen, moralfrei zu beschreiben und zu diskutieren. Wir brauchen deshalb einen meinungsoffenen, dabei unverblümt argumentierenden Weitwinkel-Journalismus, der Kritik und Kontrolle übt. Er könnte die Resignierten und moralisch Ausgegrenzten in den gesellschaftlichen Diskurs zurückholen. "Solidarität unter Ungleichen hält eine Gesellschaft eher aus, wenn sie auch erstritten wird" urteilt Korte. Nur der offene Journalismus kann bewirken, dass die Andersdenkenden nicht mehr in ihre Community-Echokammern flüchten, wo sie sich im Kreis ihrer Meinungsfreunde verstanden fühlen.



Dies ist die Titelgeschichte aus der Januarausgabe des Cicero. Erhältlich am Kiosk und in unserem <u>Onlineshop.</u>